



Berlin, 08. Juni 2010

## **Deutsche Steuer-Gewerkschaft: Sparpläne der Bundesregierung gehen in falsche Richtung**

**DSTG-Chef Dieter Ondracek kritisiert in einer ersten Stellungnahme die nach der Kabinettsklausur im Kanzleramt am Montag bekannt gewordenen Sparpläne als sozial unausgewogen und Weg in die falsche Richtung.**

Mit drastischen Streichungen bei den Sozialleistungen, beim Elterngeld und bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf Bundesebene sollen einmal mehr diejenigen zur Kasse gebeten werden, die die finanzielle Notlage der öffentlichen Haushalte nicht zu vertreten haben. Der Eindruck, dass wieder einmal der sogenannte kleine Mann die Zeche für die Banken- und Wirtschaftskrise zu zahlen hat, ist bei den Sparplänen der Bundesregierung nicht von der Hand zu weisen, so Ondracek.

Als ein Signal dafür, dass sämtliche Schultern die krisenbedingten Lasten tragen sollen, hätte die Bundesregierung eine strukturelle Neuausrichtung der ermäßigten Umsatzsteuertatbestände – einschließlich der Steuervergünstigungen für das Hotelier- und Gaststättengewerbe – auf ihre Sparagenda setzen müssen.

Auch die Einführung einer Transaktionssteuer in Höhe von mindestens 0,5 Prozent hätte die Chance geboten, die Banken und Anlagefonds dauerhaft an den Kosten der von ihnen mit verursachten Weltwirtschaftskrise zu beteiligen.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effektivere Steuererhebung, die seit langem von Deutscher Steuer-Gewerkschaft und Bundesrechnungshof gefordert werden, könnten darüber hinaus einen gewichtigen Beitrag leisten, um die nach der Schuldenbremse des Grundgesetzes notwendigen Einsparvorgaben zu realisieren, hob der DSTG-Chef hervor.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Dieter Ondracek, Vorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Tel.: 030-206256600, mobil 0171-6442863